

III- **64** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

1977 -04- 01

B E R I C H T

DER ÖSTERREICHISCHEN DELEGATION DER PARLAMENTARISCHEN  
VERSAMMLUNG DES EUROPARATES ÜBER DIE XXVIII. SITZUNGS-  
PERIODE

Die XXVIII. Sitzungsperiode umfaßte den Zeitraum vom 3. Mai 1976  
bis zum 25. April 1977

Nahezu 100 Parlamentarier der Parlamentarischen Versammlung des Europarates weilten am 1. und 2. Mai 1976 auf Einladung der Deutschen Bundesrepublik in Berlin, um sich mit den aktuellen Problemen der geteilten Stadt vertraut zu machen. Von Österreich nahmen die Abgeordneten Wolfgang Blenk und Otto Scrinzi teil.

Die Sitzungsperiode zerfiel in drei Teile (Plenarsitzungen):

1. Teil vom 3. bis 7. Mai 1976
2. Teil vom 15. bis 22. September 1976
3. Teil vom 24. bis 28. Jänner 1977

Vom 24. Juni bis 1. Juli 1976 fand in Wien die Mini-Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarates statt.

In der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sowie in den sechzehn Kommissionen derselben hatten Österreicher folgende Funktionen:

Karl Czernetz als Präsident der Parlamentarischen Versammlung,  
Vorsitzender des Comité mixte;  
Franz Karasek als Präsident der Kulturkommission;  
Stephan Radinger als Vizepräsident der Bevölkerungs- und Flüchtlingskommission;  
Hans Heger als Vizepräsident der Wirtschaftskommission;  
Marga Hubinek als Vizepräsidentin der Kommission für Sozial- und Gesundheitsfragen;  
Josef Reichl als Vizepräsident der Landwirtschaftskommission.

In den Fraktionen bekleidete Franz Karasek die Funktion eines Vizepräsidenten der Christlich-Demokratischen Gruppe.

In der XXVIII. Sitzungsperiode waren folgende Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates:

Ordentliche Mitglieder:	Ersatzmitglieder:
Czernetz Karl	Blenk Wolfgang
Heger Hans	Lanner Sixtus
Hubinek Marga	Polster Reinhold
Karasek Franz	Reichl Josef
Luptowits Michael	Reinhart Karl
Radinger Stephan	Scrinzi Otto

Vorsitzender der Delegation: Stephan Radinger

Stellvertreter: Franz Karasek

- 2 -

## 1. Teil der XXVIII. Sitzungsperiode

Die Maisitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates begann am 3. Mai mit der Wiederwahl des Abgeordneten Karl Czernetz als Präsident der Parlamentarischen Versammlung für ein weiteres Jahr.

### Politik

Der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky vertrat die Auffassung, daß die Entspannungspolitik vor allem der Demokratie zugute komme, denn nur wenn es in Europa eine Entspannung gibt, kann es eine Liberalisierung geben. Der Kanzler nannte die Bereiche, in denen die demokratischen Staaten Westeuropas die Initiative ergreifen könnten: ein paneuropäisches Projekt im Energiesektor, sowie eine Erweiterung des europäischen Schifffahrtsnetzes. Der Donau-Oder-Elbe-Kanal, das östliche Gegenstück zum Rhein-Main-Donau-Kanal, den man als Europakanal bezeichne, sei ein großartiges Vorhaben, bei dessen Finanzierung auch nicht betroffene Staaten beteiligt werden sollten. In diesem Zusammenhang schlug Kreisky vor, eine politische Gemeinschaftsorganisation der demokratischen Industrieländer der Welt zu begründen, die, ähnlich wie die OECD auf wirtschaftlichem Gebiet, die Gemeinschaftshaltung des Westens ausarbeiten solle. Nachhaltig bekannte sich Kreisky auch zur Fortführung der europäischen Integration. "Wenn heute die europäische Wirtschaft trotz der Krise um vieles widerstandsfähiger geworden ist als früher, so ist sie es wegen des Maßes an Integration, das sie bereits erreicht hat".

Abgeordneter Dr. Franz Karasek, der Generalberichterstatter der Politischen Kommission ist der Koordinator der Debatte über die Durchführung der Schlußakte der KSZE, an der sich acht Ausschüsse beteiligt haben. Sein Bericht betrifft den ersten Teil des Dokuments von Helsinki und behandelt Fragen im Zusammenhang mit Sicherheit und Zusammenarbeit sowie die Leitsätze für die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten. In der Entschloßung 625 und Empfehlung 782 werden die Regierungen angehalten, ihre Aktionen auf bilateraler und multilateraler Ebene im Hinblick auf die im Juni 1977 in Belgrad stattfindende Sitzung zu koordinieren.

- 3 -

### Wirtschaft und Entwicklung

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kurt Waldheim betonte in einer Erklärung die Dringlichkeit einer weltumfassenden neuen Wirtschaftsordnung insbesondere in der Ernährungswirtschaft, im Umweltschutz und hinsichtlich der Zukunft der Ozeane. Nach den Berichten über die politischen Auswirkungen des Nord-Süd-Dialogs und die Mitarbeit an der Entwicklung wurde die EntschlieÙung 621 und 622 angenommen. In der EntschlieÙung 623 als Antwort auf den 5. Tätigkeitsbericht des Welternährungsprogrammes ersucht die Versammlung die Mitgliedstaaten um einen größeren Beitrag zur Nahrungsmittelhilfe und appelliert an die Entwicklungsländer ihre Landwirtschaft zu fördern, statt in Industrien zu investieren, die eine starke Kapitalkonzentration erfordern.

Der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, François Xavier Ortoli, teilte der Versammlung mit, daß im Rahmen des Ministerkomitees die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften und dem Europarat geprüft werde.

In dem Bericht über die multinationalen Gesellschaften werden diese aufgerufen, angesichts der Schwierigkeiten in der Weltwirtschaftslage die Industrialisierung zu fördern und zu investieren, um Arbeitsplätze zu schaffen und um Technik und Berufsausbildung in die Entwicklungsländer zu tragen (Direktive 358).

In der EntschlieÙung 626 betreffend den Luftfrachtverkehr in Europa gibt die Versammlung der Hoffnung Ausdruck, daß der IATA (International Air Transport Association) die Tariffestlegung für den gesamten Markt übertragen wird. Der Europäische Ausschuß für die Zivilluftfahrt (CEAC) wird ersucht, eine koordinierte Politik auszuarbeiten, in der die legitimen Interessen des europäischen Flugzeugbaus und des Luftfrachtverkehrs den ihnen angemessenen Platz einnehmen.

### Kultur

Einer der wesentlichen Grundsätze der EntschlieÙung 624 lautet, daß jede Politik auf dem Gebiet der sogenannten "höheren" darstellenden Künste in den größeren Rahmen der Kulturpolitik hineingestellt werden muß. In der Empfehlung 781 fordert die Versammlung das Ministerkomitee auf, in Zusammenarbeit mit den EG, der UNESCO und dem Nordischen Rat Informationen über den sozialen

- 4 -

Status der darstellenden Künstler in Europa sowie über die Maßnahmen, durch die ihnen normale Beschäftigungsbedingungen garantiert werden könnten, zusammenzutragen. (Symposium in Athen im Mai 1976)

### Rechtsfragen

Durch den Schutz der Menschenrechte im Pakt der Vereinten Nationen (in Kraft getreten am 23. März 1976) und in der Europäischen Konvention des Europarates (in Kraft getreten 1950), werden eine Reihe von Rechten garantiert. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, den Pakt der Vereinten Nationen und das fakultative Protokoll möglichst rasch zu ratifizieren.

Die Versammlung empfiehlt in der EntschlieÙung 619 den nationalen Delegationen, den Ausschüssen und dem Generalsekretariat, die in den Punkten 34 bis 40 der Begründung zum Bericht des Geschäftsordnungsausschusses enthaltenen Vorschläge zur Anwendung zu bringen.

In der EntschlieÙung 620 hat die Versammlung den Artikel 6 Absatz 1 ihrer Geschäftsordnung insofern abgeändert, daß gegebenenfalls die Präsidenten und Verwaltungen der nationalen Parlamente statt der Außenminister bestimmte Befugnisse übertragen bekommen.

Zusätzlich wurden die Stellungnahme 75/1976 betreffend eine geringfügige Kürzung der Haushaltsmittel, die EntschlieÙung 617 betreffend weitere Maßnahmen im Anschluß an den Amsterdamer Kongreß, die EntschlieÙung 618 betreffend die Vorbereitung des 6. Seminars über den internationalen Freiwilligendienst und die Empfehlung 780 betreffend das Statut der Bediensteten des Europarates angenommen.

### 2. Teil der XXVIII. Sitzungsperiode

Am 14. September 1976 fand erstmals die Gemeinsame Tagung des Europäischen Parlaments und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nicht in StraÙburg, sondern in Luxemburg am Sitz des Europäischen Parlaments statt. Auf der Grundlage zweier Berichte wurde über die europäische Verantwortlichkeit in der Welt diskutiert.

### Politik

AnläÙlich des Beitritts von Portugal zum Europarat hielt der portugiesische Außenminister José de Medeiros Ferreira eine Rede, in welcher er darlegte, daß Portugal nicht abseits von Europa bleiben konnte. In der Stellungnahme 78 setzt die Versammlung die Zahl der Vertreter Portugals auf 7 fest und beschließt den Artikel 26 der Satzung in diesem Sinne zu ändern.

In der Empfehlung 794 ersucht die Versammlung die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, den Vereinten Nationen einen Vorschlag zur Schaffung eines internationalen öffentlichen Registers zu unterbreiten, in dem Produktion und Handel bestimmter schwerer Rüstungsgüter erfaßt werden. In der Entschlieung 642 ersucht die Versammlung die Regierungen der Mitgliedstaaten, die Handelsbeschränkungen zu vermehren, indem sie die bestehenden nationalen und internationalen Handelssperren aufs strengste anwenden, Waffen- ausfuhren in Spannungsgebiete untersagen und Listen von Waffen aufzustellen, deren Ausfuhr überhaupt verboten ist, sowie die Möglichkeit einer industriellen Umstellung zu prüfen.

Nach dem Bericht über die Lage in subäquatorialen Afrika wird in der Entschlieung 641 beschlossen, durch öffentliche Aussprachen die parlamentarische Meinung des demokratischen Europa über die Lage in Südafrika zur Kenntnis zu bringen.

Nach dem Exposé des belgischen Ministerpräsidenten Tindemans, der eine Kooperation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Europarat vorschlägt, ersucht die Versammlung in der Empfehlung 793 das Ministerkomitee, die Verfolgung eines Einigungsprozesses zu fördern und durch regelmäßige Aussprachen über politische Fragen zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Politik im Rahmen des Europarats beizutragen und den Informationsaustausch zu verstärken.

#### Europäische Nichtmitgliedstaaten

In dem Bericht über die Lage in Spanien wurde festgestellt, daß die offiziellen Stellen in Spanien den Grundsatz der Souveränität des Volkes anerkannt haben und die Regierung sich bereit erklärte, ein demokratisches System einzuführen. In der Entschlieung 640 gibt die Versammlung ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Frage, die dem spanischen Volk vor Jahresende durch das Referendum gestellt werden soll, es diesem Volk erlauben wird, sich unzweideutig zu seinen künftigen Institutionen zu äußern, um zu der von spanischen Volk und von ganz Europa erhofften Demokratisierung des Landes zu kommen.

#### Wirtschaft und Entwicklung

Der Generalsekretär der OECD Jonkheer Emile von Lennep weist in seinem Exposé darauf hin, daß die OECD-Länder sich mit zwei wesentlichen Problemen auseinandersetzen haben: Durchbrechung des Inflations-Rezessions-Zyklus und Festigung der Beziehungen mit den Entwicklungsländern auf neuen und konstruktiveren Grundlagen.

- 6 -

In der EntschlieÙung 638 ersucht die Versammlung die OECD und die Regierungen ihrer Mitgliedstaaten, die vom Rat der OECD im Juni 1976 festgelegte wirtschaftspolitische Strategie anzuwenden und die Bedingungen für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der OECD zu bestimmen. Als wesentliches Ziel ist die Aufstellung eines internationalen Währungssystems mit stabilen Wechselkursen vorzunehmen. Ferner ersucht sie die OECD, die Agrarforschung im Hinblick auf eine Lösung der Ernährungsprobleme der Welt in großem Maßstab zu fördern.

In dem Bericht über die Währungsprobleme in Europa im Anschluß an die Erdölkrise werden bei der internationalen Zusammenarbeit drei große einander ergänzende Ebenen unterschieden: Zusammenarbeit zwischen den Industrieländern, Zusammenarbeit zwischen den Industrieländern und den erdölexportierenden Ländern, sowie Zusammenarbeit zwischen den erdölexportierenden Ländern und den Entwicklungsländern (EntschlieÙung 630).

#### Erziehungswesen und Kultur

Auf die Notwendigkeit der Bildung und kulturellen Entwicklung der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familien wird in der Empfehlung 786 und EntschlieÙung 631 aufmerksam gemacht.

In der EntschlieÙung 636 betreffend den Denkmalschutz in Istanbul werden die nationalen und lokalen Behörden der Türkei sowie internationale Organisationen, insbesondere die Unesco aufgefordert, aktiv beizutragen, daß Mittel und Lösungen für die Erhaltung von Istanbul gefunden werden.

In der EntschlieÙung 637 werden die Mitglieder eindringlich ersucht, gemeinsam auf der 19. Konferenz der Unesco ihre Mitarbeit in allen Bereichen, in denen sie über Erfahrungen verfügen, anzubieten (z.B. Übertragung der Technologien, Verbesserung der Information und Verwendung der Massenkommunikationsmittel).

In der Empfehlung 788 betreffend eine europäische Instanz für den Denkmalschutz ersucht die Versammlung das Ministerkomitee, die Möglichkeit der Einsetzung eines Kommissars oder Rates für den europäischen Denkmalschutz zu untersuchen, der vom Ministerkomitee unter den von der Versammlung vorgeschlagenen Kandidaten ausgewählt würde.

- 7 -

### Menschenrechte und Rechtsfragen

Der Bericht über die Entwicklung der demokratischen Institutionen in Europa soll die Versammlung über die vom 21. bis 23. April 1976 in Straßburg stattgefundene Konferenz informieren. Außer dem Rechtsausschuß werden sich vier Ausschüsse mit den Ergebnissen befassen und konkrete Vorschläge zu den von der Konferenz behandelten Problemen vorlegen.

Im Anschluß an den Bericht über die Menschenrechte wurde in der Empfehlung 791 vorgeschlagen, zu untersuchen, welche Bestimmungen des Paktes der Vereinten Nationen mit Nutzen in die europäische Konvention übernommen werden könnten, sowie die Möglichkeit den Pakt und gegebenenfalls der Europäischen Menschenrechtskonvention ein Protokoll hinzuzufügen, das die Unabhängigkeit des Armenrechts garantiert. In der Entschlieûung 635 fordert die Versammlung ihre Mitglieder auf, in ihren nationalen Parlamenten die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Regierungen zu veranlassen, die in Artikel 41 des Paktes genannte Erklärung abzugeben, durch die die Zuständigkeit des Komitees für die Menschenrechte anerkannt wird.

Zur Harmonisierung der Praktiken auf dem Gebiet der Gewährung des Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention von 1951 und dem Protokoll von 1967 wurde in der Empfehlung 787 um Aufnahme der Harmonisierung der Praxis auf dem Gebiet der Wählbarkeit ersucht.

### Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen

Die Versammlung verabschiedete die Entschlieûung 632, in der sie die Aufmerksamkeit der Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarats auf die Konvention über die Wanderarbeitnehmer 1975 lenkt und darauf hinweist, daß die Ratifizierung jeder ihrer Teile gesondert akzentiert werden kann.

### Sozialfragen und Gesundheitswesen

In der Empfehlung 792 wird die Einführung eines internationalen Krankenscheines gefordert und das Ministerkomitee ersucht, den zuständigen Sachverständigenausschuß mit der Vorbereitung einer europäischen Konvention zu beauftragen, die auch zur Unterzeichnung für die Nichtmitgliedstaaten des Europarats einschließlich der Ostblockstaaten aufgelegt werden soll.



## Wissenschaft und Technologie

Der niederländische Minister für Wissenschaft Trip, hob in seinem Exposé die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit nach der Konferenz von Florenz hervor, durch die die Öffentlichkeit und die Parlamentarier stärker an den Fortschritten und an den Anwendungen von Wissenschaft und Technik beteiligt werden. (Richtlinie 360).

Die am 30. Mai 1975 geschaffene Europäische Raumfahrtagentur, der zehn Länder angehören, faßt ihre Tätigkeit jedes Jahr in einem Bericht an den Europarat zusammen. Es ist notwendig, daß sich weitere Länder, u.a. Österreich und Norwegen, die einen Beobachterstatus haben, an der begonnenen Arbeit beteiligen. In der Empfehlung 790 werden die Regierungen der betreffenden Mitgliedstaaten aufgefordert, das Verfahren zur Ratifizierung des Übereinkommens über die Europäische Raumfahrtagentur (A.S.E.) zu beschleunigen und sich ihrer zu bedienen, um die europäische Raumfahrtpolitik im Rahmen von Organisationen, wie der Vereinten Nationen, der INTELSAT, der OMM (Weltorganisation für Meteorologie), der Internationalen Union des Fernmeldewesens und der UNESCO zu koordinieren.

Im Bericht über die Koordinierung der Politiken im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung und der Information zwischen den europäischen Parlamenten wird die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informatik behandelt. In der Entschließung 634 bestätigt die Versammlung den Beschluß, 1977 ein Kolloquium von Spezialisten für Informatik und Dokumentation zu veranstalten. Dabei soll insbesondere die Möglichkeit untersucht werden, ein Zentrum für den Informationsaustausch innerhalb des Europarats zu schaffen und es an die elektronischen Informationssysteme der Europäischen Gemeinschaften anzuschließen. In der Frage der multinationalen Gesellschaften wurde durch Entschließung 639 an diese ein Appell gerichtet, sich genauestens an die von der OECD aufgestellten Leitgrundsätze zu halten. Zusätzlich wurden von der Versammlung die Empfehlung 783 über den Schutz der Vögel und ihrer Lebensräume in Europa, die Empfehlung 784 über die Schlußfolgerungen der 2. europäischen Zusammenkunft der Grenzregionen, die Empfehlung 785 über Hygiene und Sicherheit in der Landwirtschaft, sowie die Entschließung 629 zu den wirtschaftlichen Aspekten der regionalen Entwicklungspolitiken angenommen.

- 9 -

### 3. Teil der XXVIII. Sitzungsperiode

Im neuen Gebäude des Europarats in Straßburg wurde zum ersten Mal unter Teilnahme Portugals der dritte Teil der 28. Sitzungsperiode eröffnet. Das Gebäude wurde in knapp fünf Jahren gebaut. Die Initiative zu seiner Errichtung ging vom ehemaligen Generalsekretär Lujo Toncic-Sorinj aus.

Die Wahl von sieben neuen Richtern des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte wurde vorgenommen (Österreich: Franz Matscher). Präsident Karl Czernetz begrüßte bei der Eröffnung der Sitzungswoche zunächst die neu hinzugekommenen portugiesischen Mitglieder der Versammlung. Im Anschluß daran wurde der Bericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses debattiert. Bemängelt wurde darin vom Berichterstatter, daß das Ministerkomitee auf die Budgetvorschläge für 1977 noch nicht reagiert habe. Außerdem lehnten alle Redner die aus Ersparnisgründen vorgesehene Schließung des Pariser Büros des Europarates ab, wo die Mehrzahl der Ausschusssitzungen stattfinden. Dabei kamen vor allem die schlechten Verkehrsverhältnisse Straßburgs zur Sprache, die den niederländischen Abgeordneten Piket zu dem Ausspruch veranlaßten, man habe, wenn man auf dem Straßburger Flughafen lande, den Eindruck, man käme in ein Entwicklungsland - ohne Taxis oder Busverbindungen zum Stadtzentrum.

#### Geschäftsordnung

Zu dem Bericht über die Mitgliedschaft der politischen Gruppen in der Versammlung wurde in der Entschließung 643 beschlossen, den Artikel 41 (4) insofern abzuändern, daß eine politische Gruppe aus nicht weniger als 15 ordentlichen Mitgliedern oder Ersatzmitgliedern dreier verschiedener Nationalitäten bestehen soll.

Der Bericht über Verfahrensfragen wurde von Bundesrat Hans Heger vorgelegt (Entschließung 644).

#### Landwirtschaftsfragen

Die Nutzung der Meere wurde in den Berichten betreffend die UN-Konferenz über das Seerecht und die Erhaltung der Meeresressourcen (Empfehlung 797 und 798) behandelt. In der Entschließung 645 wurde beschlossen, in der 2. Jahreshälfte 1977

- 10 -

ein Kolloquium mit Vertretern der Wissenschaft, der Fischindustrie, den Regierungen und kompetenten internationalen Organisationen abzuhalten.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Strukturen in Europa waren Hauptthema der Landwirtschaftsdebatte. Die Versammlung fordert in der EntschlieÙung 647 die Mitgliedsländer auf, ihren Regierungen die Hauptprobleme zu unterbreiten.

#### Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen

Nach dem Bericht über die politischen Rechte und die Lage der Ausländer wurde der Status der Ausländer vom Standpunkt der ersten Direktwahlen zum Europa-Parlament diskutiert und die EntschlieÙung 646 angenommen.

#### Regionalplanung und Gemeindeangelegenheiten

In der Debatte wurden die Fortschritte der Umweltpolitik (Empfehlung 300), die Einführung der einheitlichen Sommerzeit in Europa (Empfehlung 301), die Ergebnisse der europäischen Konferenz der Minister für Gemeindeangelegenheiten in Bari, sowie der europäischen Konferenz der Minister für Regionalplanung in Athen, behandelt.

#### Politische Fragen

Zu Beginn der Debatte wurde ein düsterer Bericht über die europäische Solidarität vorgelegt (Empfehlung 303). Schwerpunkt war jedoch die Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus (EntschlieÙung 648), die am 27. Jänner von den Außenministern oder Stellvertretern, mit Ausnahme von Irland und Malta, unterzeichnet wurde. Nach der Europäischen Konvention verpflichteten sich die vertragschließenden Staaten, Terroristen, die ihre Tat im Ausland begangen haben, an den betreffenden Vertragsstaat auszuliefern oder wenn eine Auslieferung nicht in Frage kommt, den Terroristen selber gerichtlich zu verfolgen. Damit wertet die Konvention Verbrechen, wie Geiselnahmen und Flugzeugentführungen, als rein kriminelle Handlungen.

#### Sozialfragen

Nach dem Bericht über den Schutz der Arbeiter gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit wurde in der Empfehlung 304 das Minister-

komitee aufgefordert, eine Konvention betreffend diese Probleme auszuarbeiten. In der Frage der Beziehungen des Europarates zu den Sozialpartnern (Empfehlung 805) wurde beschlossen, ein Beratungskomitee zu bilden, das aus Vertretern der wichtigsten internationalen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen und Vertretern der Regierungen besteht.

### Rechtsfragen

Die Juridische Kommission legte den Bericht betreffend die Entwicklung der demokratischen Institutionen in Europa vor. In der EntschlieÙung 650 wurde beschlossen, ein Symposium über die Rolle der politischen Parteien in der Entwicklung der parlamentarischen Demokratie abzuhalten.

Gaston Thorn, der Ministerpräsident und Außenminister von Luxemburg, hielt ein Exposé über die Entwicklung der demokratischen Institutionen in Europa und hob hervor, daß der Europarat in dieser Frage eine Pionierrolle spielt.

Außenminister Willibald Pahr, der zu den Sitzungen der Ministerkomitees und zur Eröffnung des neuen Europapalastes nach StraÙburg gekommen war, sprach sich im Sinn einer Stärkung des Europarates für eine Behandlung des Tindemans-Berichtes unter dem Gesichtspunkt der gesamteuropäischen Kooperation im Rahmen des Europarates aus. Einem österreichischen Vorschlag folgend wurde auch die Vorbereitung der KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad behandelt.

Die Einweihungsfeierlichkeiten des neuen Europapalastes begannen im StraÙburger Münster mit einem Hochamt, das von Mgr. Giovanni Benelli, Bischof und stellvertretender Staatssekretär des Vatikan und Mgr. Elchinger, Bischof von StraÙburg und Mgr. Mullor, Vertreter des Heiligen Vaters beim Europarat, konzelebriert wurde. In einer feierlichen Eröffnungszereemonie in Anwesenheit der meisten Außenminister, der Parlamentspräsidenten und Parlamentsdirektoren - von Österreich waren der Präsident des Nationalrates Anton Benya, der Vorsitzende des Bundesrates Johann Bürkle und Parlamentsdirektor Wilhelm Czerny eingeladen - sowie zahlreicher Ehrengäste der 19 Mitgliedstaaten des Europarates, wurde am 28. Jänner das neue Ratsgebäude vom französischen Staats-

- 12 -

präsidenten Giscard d'Estaing unter Fanfarenklang der Wiener Symphoniker und Philharmoniker, übergeben. Giscard d'Estaing betonte in seiner Rede, daß Europa zur Selbstbesinnung berufen sei, indem es die demokratischen Grundsätze versinnbildlicht und verteidigt. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung Karl Czernetz vertrat seinerseits die Auffassung, daß der Europarat die "neunzehn" mit den "neun" Mitgliedern den europäischen Gemeinschaften verbinden und langfristig den Rahmen einer annehmbaren ausgebreiteten Konföderation bilden sollte. Außer dem derzeitigen Vorsitzenden des Ministerkomitees und dem Generalsekretär des Europarates hielten der Präsident des Europa-Parlaments der Europäischen Gemeinschaften Georges Spénale (Frankreich) und der Vorsitzende der Kommission der Europäischen Gemeinschaften Roy Jenkins (Großbritannien), der langjährige Bürgermeister von Straßburg Pierre Pflimlin, sowie der Sondervertreter des Heiligen Stuhls, Bischof Benelli Festreden. Sie alle betonten, daß sie der Zukunft Europas mit Realismus und Hoffnung entgegen sehen.

Als erster Redner unterstrich der Generalsekretär des Europarates Georg Kahn-Ackermann die notwendige Solidarität Europas. Als Sonderbeauftragter von Papst Paul VI. verlas Mgr. Benelli eine Grußbotschaft des Papstes. Der Oberbürgermeister von Straßburg, Pierre Pflimlin, betonte in seiner Rede, daß für die Straßburger Bürger dieses Haus ein Versprechen des Friedens, der Sicherheit und der Freiheit sei. Er erinnert daran, daß die Stadt das Gelände unentgeltlich zur Verfügung gestellt habe, wobei sie andererseits aber jetzt hoffe, bessere Flugverbindungen zu erhalten. Der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Roy Jenkins, erinnerte an die vergangenen Kriege in Europa, unter denen Straßburg besonders zu leiden gehabt habe. Heute seien solche Auseinandersetzungen nicht mehr möglich. Aber die große Herausforderung und die Probleme seien anderer Art, es seien die Probleme der modernen Industriegesellschaft, denen nur mit adäquaten Institutionen begegnet werden könne,

